Begründung:

zu 1.:

Für den vorgesehenen Standort hat die Stadt Schortens ein Fachgutachten, das am 20.02.2006 allen Ratsmitgliedern übersandt wurde, für die Ansiedlung eines zusätzlichen Elektrofachmarktes erstellen lassen. Daraus geht hervor, dass es sich aus regionaler Sicht um einen besonders geeigneten Standort handelt. Bei einer vorgesehenen Verkaufsfläche von ca. 3.000 m² werden in erheblicher Anzahl zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Im Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) ist das betreffende Gebiet als Standort mit der Schwerpunktaufgabe „Sicherung und Entwicklung von Arbeitsplätzen“ ausgewiesen.

Das Gutachten stellt heraus, dass durch den hohen Bekanntheitsgrad des Media-Marktes erhebliche Kaufkraftabflüsse (ca. 50 Mio. Euro), insbesondere in den Oldenburger Raum, für unsere Region gebunden werden können.

Der Planstandort ist ein zentraler Standort im Ordnungsraum. Er entspricht dem Nachfrageverhalten der Kunden und damit modernen Einkaufsbedürfnissen.

Insbesondere mit der Stadt Wilhelmshaven hat die Verwaltung in den vergangenen Wochen intensive Gespräche geführt, um für diesen perfekten Standort ein regional abgestimmtes Konzept - unabhängig von Stadtgrenzen - zu erzielen. Hierbei war die Teilhabe der Stadt Wilhelmshaven an den positiven Ergebnissen der Ansiedlung und eine Kooperation auch auf anderen Gebieten angedacht. Hierzu steht eine Antwort aus.

zu 2.:

Im Rahmen der im August 2003 abgeschlossenen Einzelhandelskooperation Ost-Friesland wurde vereinbart, dass für großflächige Einzelhandelsbetriebe das Moderationsverfahren einzuleiten ist. Federführend ist in diesem Fall die untere Landesplanungsbehörde des Landkreises Friesland.

zu 3.:

Das Ansiedlungsvorhaben macht eine Änderung der vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung erforderlich, da ein solches Vorhaben im Rahmen des bestehenden Bebauungsplanes nicht genehmigungsfähig wäre.

Durch die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes wird sichergestellt, dass bei weiteren Planungen im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 78 die bisherigen rechtskräftigen Festsetzungen weiterhin Bestand haben.